

Der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen als Forschungsgegenstand

Günter Warsewa, Peter Bleses, Matthias Güldner

1. Zur Aktualität von Transfer und öffentlicher Wissenschaft

In diesem Sommer startet, angestoßen und finanziert vom Bundesforschungsministerium, ein neues Großunternehmen der sozialwissenschaftlichen Forschung, das bundesweit auf elf Standorte¹ verteilte *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt* (FGZ). Bemerkenswert daran ist – unter anderem – die besondere Betonung des Transfers von wissenschaftlicher Expertise in gesellschaftliche Praxis als notwendige Ergänzung der

»umfassende[n] wissenschaftliche[n] Auseinandersetzung mit Strukturen und Wahrnehmungen gesellschaftlicher Zugehörigkeit. [...] Wissenstransfer ist [...] Ausdruck der gemeinsamen Produktion und Zirkulation von Wissen. Um das zu gewährleisten, bedarf es der ständigen Weiterentwicklung von Transferkonzepten durch eine reflexive und regelmäßige Evaluation von Transferaktivitäten, der Erprobung partizipativer Formen von Wissensproduktion und konkreter Weiterbildungsangebote im Bereich des Transfers.« (BMBF 2017)

Zusätzlich zu den »klassischen« Maßnahmen der Politik- und Gesellschaftsberatung soll

»eine Verzahnung mit Akteuren der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung [...] angelegt werden. Der Austausch sollte in beide Richtungen ausgestaltet werden, indem Erfahrungen aus der Praxis in die Forschungskonzepte einfließen und so früh

¹ Technische Universität Berlin, Universität Bielefeld, Universität Bremen, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung Hamburg, Leibniz Universität Hannover, Amadeu Antonio Stiftung – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena, Universität Konstanz, Universität Leipzig.

wie möglich ein gemeinsamer Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis erfolgt.« (Ebd.)

Mit der »Verzahnung mit Akteuren der Zivilgesellschaft« und dem »Austausch in beide Richtungen« verbindet sich die Erwartung an die Sozialwissenschaften, selbst explizite Beiträge zur Lösung von Problemen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu liefern. Gefordert sind die Soziologie bzw. im weiteren Sinne die Sozialwissenschaften in ihrer traditionellen Funktion als Krisenwissenschaft der modernen Gesellschaft. Und ihre Forschungen selbst sollen nicht nur als Prozesse der Wissensgenerierung, sondern auch als Medium der gesellschaftlichen (Norm)Bildung und praktischen Selbstaufklärung dienen.

Damit verweist die Aufgabenbeschreibung des *Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt* auf ein grundlegendes Spannungsfeld, in dem sich die sozialwissenschaftlichen Disziplinen immer bewegen: Anhand konkreter Beiträge zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen soll einerseits sozialwissenschaftliche Forschung ihre Nützlichkeit und Praxisrelevanz unter Beweis stellen. Die besondere Betonung dieser Aufgabe unterstellt, dass hier bislang nicht genug geleistet wurde und dass bei Transfer, Wissenschaftskommunikation und öffentlicher Wissenschaft größere Anstrengungen erforderlich sind.² Andererseits ist Wissenschaft selbst Teil der Gesellschaft und ohnehin in vielfacher Hinsicht in die gesellschaftliche Praxis eingebunden, die sie beobachtet und erklärt. Dazu gehört auch, dass Wissenschaft und Forschung einer eigenen Logik folgen, die sich vom sonstigen sozialen Alltag unterscheidet (vgl. Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. 2019) und die nicht beliebig veränderbar ist.

Während man sich also auf die »Suche nach einer öffentlichen Soziologie« (Bude 2005) begibt, unterscheidet sich die Praxis der Sozialwissenschaften bislang nur wenig von einem herkömmlichen Transferverständnis. In der Regel werden zwei Voraussetzungen unterstellt: Zum einen zahlt sich die kostspielige Herstellung, Weitergabe und Verbreitung wissenschaftlichen Wissens für die Gesellschaft überhaupt nur aus, wenn dieses Wissen eine besondere Qualität besitzt und sich von anderen Formen des Wissens (und Glaubens) unterscheidet. Diese Qualität sollte darin bestehen, dass die Konstruktion und Funktionsweise des Wissenschaftssystems ein Höchstmaß an Realitätserkenntnis verbürgt. Zum anderen wird mehr oder weniger unhinterfragt angenommen, dass wissenschaftliches Wissen als größtmögliche Annäherung an die Wirklichkeit tatsächlich zur Optimierung von Handeln

2 Vgl. dazu auch BMBF (2019) und Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. (2019).

und Entscheiden beiträgt. Unterstellt wird, dass solches Wissen in zahlreichen Verwendungszusammenhängen hilfreich und nützlich ist.

Der Transfer von wissenschaftlichem Expertenwissen in die Gesellschaft wird dann als Vermittlung von Erkenntnissen begriffen, die aufgrund von spezialisierter, professioneller Forschung und vertiefter Reflexion Vorgänge und Zusammenhänge in der Welt präziser beschreiben und erklären können als die Alltagserfahrung. Aufklärung und nützliche Beiträge zu Fortschritt und Rationalität sind die Erwartungen, die sich an *die* Wissenschaft richten und dem soll sie möglichst umstandslos nachkommen. *Öffentliche Wissenschaft* bedeutet also, die wissenschaftliche Wissensproduktion verstärkt an die Erwartungen bzw. die Nachfrage der Gesellschaft zu koppeln, und verlangt daher von der Wissenschaft genau diesen Nachweis der Nützlichkeit, der deswegen in immer stärkerem Maße zur zentralen Legitimation für aufwändige Forschung wird. Da die Besonderheit des wissenschaftlichen Wissens aber eben auch darin besteht, nicht für jedermann unmittelbar nachvollziehbar zu sein, werden von *der* Wissenschaft besondere Anstrengungen gefordert, ihre Nützlichkeit möglichst anschaulich und allgemeinverständlich zu kommunizieren. Zunehmend wird daher die Bedeutung von *public science, citizen science, outreach, public understanding of science, sharing science*, Wissenschaftskommunikation etc. hervorgehoben (vgl. Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation; BMBF 2019) – zumeist nicht ohne darauf hinzuweisen, dass Ergebnisse aus der Wissenschaft adressatengerecht und möglichst leicht verdaulich, das heißt nicht zu lang und ohne den üblichen unverständlichen Fachjargon verbreitet werden müssten.

Damit ist ein weites Spektrum von realer sozialwissenschaftlicher Praxis und ebenso von gesellschaftlicher Deutung dieser Praxis aufgespannt. Das Verhältnis von Nähe und Distanz, von engagierter Einmischung und unbeeiliger Beobachtung ist jedoch erstens historisch variabel und zweitens abhängig von der Perspektive, aus der es betrachtet wird. Vor diesem Hintergrund erscheinen der Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen und seine jeweiligen Funktionsbedingungen selbst als Forschungsgegenstand. Im Folgenden werden daher Überlegungen zu einer Transferforschung skizziert, die zum Verständnis von Transfer und Wissenschaftskommunikation – nicht nur im FGZ – beitragen könnte. Dazu wird zunächst ein vorläufiger konzeptioneller Rahmen für die Analyse von Wissenschaftstransfer (Kapitel 2, 3 und 4) skizziert und anschließend versucht, diesen Rahmen auf die konkreten Beziehungen zwischen Sozialwissenschaften und Politik anzuwenden (Kapitel 5). Ein kurzes Fazit bildet den Abschluss.

2. Forschung und Transfer lassen sich nicht trennen

Die gängige Unterscheidung – hier die komplizierte und aufwändige Forschung und dort die möglichst direkte und eingängige Vermittlung ihrer Ergebnisse in verschiedene Verwendungen – wird weder den Bedingungen der wissenschaftlichen Wissensproduktion noch den komplexen, wechselnden Vermittlungs- und Verwendungszusammenhängen gerecht. Die Wissenschaft der Gesellschaft, das heißt die Organisationsformen der wissenschaftlichen Wissensproduktion ebenso wie ihre Verbreitungs- und Verwendungszusammenhänge verändern sich im sozialen Wandel und mit der Wahrnehmung von und den gesellschaftlichen Erwartungen an Wissenschaft.

Für die Episode nach dem 2. Weltkrieg konnte wahrscheinlich zu Recht von einer Verwissenschaftlichung von Politik und Öffentlichkeit gesprochen werden (Schelsky 1961; Dahrendorf 1988), und insofern mag es in dieser Phase tatsächlich eine weitgehende Identität von *öffentlicher Wissenschaft* und einer *Wissenschaft der Gesellschaft* gegeben haben. Heute deutet sich jedoch eher eine Polarisierung zweier gegensätzlicher Trends an, die grundsätzlich verschiedene Umgangsweisen mit wissenschaftlichem Wissen signalisieren: Auf der einen Seite stützen sich gesellschaftliche Bewegungen und Aktivitäten, beispielsweise rund um Klimawandel, Nachhaltigkeit, Ökologie in besonders starkem Maße auf wissenschaftliche Evidenzen und gewinnen daraus einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit und gesellschaftlichen Wirkungskraft (»Hört auf die Wissenschaftler«, G. Thunberg). Allerdings sind hier meist naturwissenschaftliche Erkenntnisse angesprochen, denen mehr Faktencharakter zugesprochen wird, obwohl schon die aktuelle Debatte zwischen Virolog*innen in der Coronakrise, die sich zum Teil um »Kleinigkeiten« wie etwa das Pro und Kontra einer allgemeinen Maskenpflicht dreht, der Gesellschaft und der auf verlässlichen Rat hoffenden Politik zeigt, dass auch naturwissenschaftliches Wissen kein gesichertes Terrain sein muss. Auf der anderen Seite verbreiten und verstärken sich wissenschaftsferne, zum Teil wissenschaftsfeindliche, populistische Diskurse und Bewegungen. Hier wird *die* Wissenschaft jenen abgehobenen Eliten zugeordnet, die keineswegs an Erkenntnis, sondern vor allem an ihrem eigenen Wohlergehen interessiert seien. Nicht zuletzt tragen digitale Kommunikationsmedien als Echokammern zur zunehmenden Verbreitung von Fake News, Alternativfakten, Verschwörungstheorien bzw. meist eben nicht wissenschaftsbasierten Wirklichkeitsdeutungen bei.

Das stetige Auseinanderdriften dieser beiden Perspektiven auf Wissenschaft hat schließlich auch Folgen für die Wissenschaftskommunikation und den Transfer von wissenschaftlichem Wissen in die Gesellschaft: Die Grenzen zwischen Glauben und Wissen werden unscharf; Forschung und wissenschaftliche Erkenntnis verkommen zu einer beliebigen Wissensform unter vielen anderen und erleiden erhebliche Akzeptanzverluste.

Was für das Angebot der Sozialwissenschaften an die Gesellschaft gilt, gilt eben auch für die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise: Tatsächlich lassen sich unterschiedlich geartete Nachfragen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und vielfältige Verwendungen von Wissen und Indienstnahmen des Wissenschaftssystems beobachten. Herstellung, Verbreitung, Rezeption und Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse tragen mithin durchaus in vielfältiger Weise zur Entwicklung und Veränderung von Gesellschaft bei; welche Wirkungen konkret damit verbunden sind, hängt aber mit der Funktion von Wissenschaft in der Gesellschaft und mit dem Ansehen und den Erwartungen zusammen, die der Wissenschaft insgesamt entgegengebracht werden.

3. Transfer – Was ist das?

Funktionalität

Wissenschaft ist unmittelbar eingebunden in vielfältige Wechselwirkungen sowohl mit Politik als auch mit Öffentlichkeit und erfüllt darüber hinaus mittelbar wichtige Funktionen für das Verhältnis zwischen Politik und (weiterer) Öffentlichkeit.³ Wissenschaft wird hier also als Bestandteil einer tripolaren Struktur verstanden (s. Abb. 1), bei der jedes der drei Funktionssysteme zwar von seiner eigenen spezifischen Systemlogik geprägt und intern in zahlreiche Einzelbereiche zergliedert ist, aber insgesamt von der Anerkennung seiner Spezifität durch die jeweils anderen existenziell abhängt.

³ Mit Öffentlichkeit sind hier zum einen die »Leute« (Vobruba 2019) in ihrer Rolle als Gegenstand und Adressat*innen wissenschaftlichen sowie politischen Transfers gemeint, sofern sie nicht die Rolle Wissenschaftler*in oder Politiker*in einnehmen. Zum anderen meint Öffentlichkeit hier aber auch die Sphäre der öffentlichen Diskurse, die durch alle Arten von Kommunikationsmedien hergestellt wird.

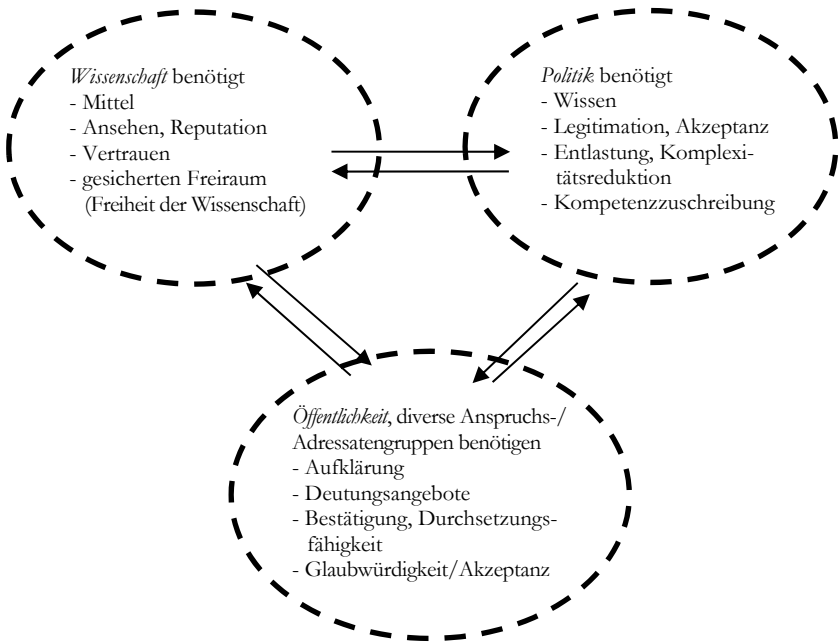


Abb. 1: Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit

Systemspezifische Filter und Verarbeitungsmechanismen sorgen dafür, dass jeweils nur bestimmte Anforderungen und Aufgaben innerhalb der Systemgrenzen wahrgenommen und verarbeitet werden. Gleiches gilt für den Output, an dem die Leistung des Systems für die Gesellschaft gemessen wird. Die Befriedigung von Ansprüchen und Erwartungen der jeweils anderen Funktionssysteme ist dabei Voraussetzung für die Versorgung mit den Ressourcen, von denen ihre Funktionsfähigkeit abhängt. Im Falle der Wissenschaft handelt es sich vor allem um finanzielle Mittel sowie einen rechtlichen Rahmen, der einen weiten Handlungsspielraum für alle Arten von explorativen wissenschaftlichen Aktivitäten (Freiheit von Forschung und Lehre) gewährleistet. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist das Vertrauen in sowohl die Verlässlichkeit als auch die Nützlichkeit von wissenschaftlicher Forschung. Nicht zuletzt wird die Funktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems durch die Reputation der wissenschaftlichen Institutionen, das Ansehen und den sozialen Status ihrer Mitglieder bestimmt.

Neben der Versorgung mit den erforderlichen Ressourcen sollen spezifische Konstruktionsmerkmale des akademischen Wissenschaftssystems dessen spezifische Funktion für die Gesellschaft und eine entsprechende Leistungsfähigkeit in den dargestellten Transfermodi (siehe unten) gewährleisten:

Distanz: Beobachterperspektive, Neutralität, Unabhängigkeit von Forschung und Lehre;

Professionalität: spezifische Ausbildung, Steuerung durch Peermechanismen, Zugang zu allgemeinem Forschungsstand, wissenschaftliche Methodik, Übersicht über und Wettbewerb von unterschiedlichen Lehrmeinungen, Praktiken etc.;

Qualitätssicherung: Rankings, Key Performance Indicators, Review-Verfahren, Evaluationen, Metastudien etc.;

Spezialisierung: Ausdifferenzierung und (Bindestrich-)Disziplinarität, fachlicher Austausch in der *scientific community*, Expertentum;

Diagnosefähigkeit: Reflektierte Analyse und Interpretation, Seismographenfunktion, Zeitdiagnose;

(*Beschränkte*) *Prognosefähigkeit*: Analyse von Zusammenhängen, Entwicklung von Szenarien, Theorien.

Die Kombinationen dieser Merkmale sind innerhalb des Wissenschaftssystems unterschiedlich verteilt und ausgeprägt. Trotz der Einschränkungen, die sich aus der Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems für die Einhaltung seiner Qualitätskriterien ergeben, kann davon ausgegangen werden, dass die spezifische Art von Wissen, die hier produziert wird, in der Regel ihren Nachfrager*innen bzw. Anwender*innen Vorteile bietet, die durch diverse Formen von Transfer in vielfältiger Weise nutzbar werden:

Wissenschaftliche Expertise verspricht (1.) mehr *Tiefe* als anderes Wissen und Glauben, da deren Produktionsprozess als Kernfunktion des Wissenschaftssystems gründlicher, kontrollierter und professioneller stattfindet als in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Dies ist gerade die Daseinsberechtigung der Sozialwissenschaften und ihre Hauptaufgabe, Gesellschaft zu beobachten und der Gesellschaft die Ergebnisse ihrer Beobachtungen mitzuteilen. Zur besonderen, exklusiven Operationsweise des Wissenschaftssystems gehören nicht zuletzt auch die infrastrukturellen und methodischen Vorkehrungen, die hier einen ausführlichen Zugang zu den jeweiligen disziplinären Wissensquellen und Forschungsständen erlauben und damit (2.) mehr *Breite*, das heißt eine umfassendere Verarbeitung von bereits vorhan-

denem Wissen erlauben. Während die Punkte (1.) und (2.) sich auf die Herstellung von Wissen beziehen, betrifft eine spezifische Funktion von Transfer eher die gegenwarts- und zukunftsbezogene Verwendung wissenschaftlich informierter Reflektionen. Auf Grundlage wissenschaftlicher Diagnosen, wissenschaftlich erarbeiteter Szenarien und Prognosen etc. können (3.) Entscheidungen und Handlungsweisen zwar nicht unbedingt mit vollständiger Sicherheit, aber mit größerer Reflektiertheit beschlossen werden.

Operationsmodi

Je nach Art der beteiligten Akteure sowie deren Interessen und Zielen können sich die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Funktionssystemen in unterschiedlichen Modi vollziehen.⁴ Die *lineare Vermittlung* von Wissen aus der Wissenschaft in andere gesellschaftliche Bereiche, zum Beispiel im Falle der Politikberatung oder der Produktion von Wissenschaftsvideos oder dergleichen, entspricht am ehesten den gängigen Vorstellungen von Wissenschaftskommunikation bzw. einer *öffentlichen Wissenschaft*. Dieser Modus des Transfers kann auf der Ebene einzelner Vermittlungsaktivitäten stattfinden, kann aber auch einen systemischen Charakter annehmen, indem beispielsweise regelmäßige Beobachtungsverfahren oder dauerhafte Beratungsstrukturen eingerichtet werden.

Im *Austauschmodus* findet dagegen wechselseitige Kommunikation statt, die sich entweder auf den unmittelbaren Forschungsprozess bezieht (etwa bei der gemeinsamen Formulierung von Fragestellungen zwischen Forscher*innen und anderen gesellschaftlichen Gruppen) oder einen systemischen Charakter annehmen kann (etwa bei der Beratung und Etablierung neuer Forschungsprogramme von Stiftungen oder Regierungen, die auf Basis von vorhandenen Erkenntnissen neues Wissen hervorbringen sollen).

Der *Modus der Ko-Produktion* erfordert andauernde Rückkoppelungen, in denen Fragestellungen, Forschungsprozess, Ergebnisinterpretation und -verwendung zwischen unterschiedlichen Kooperationspartnern abgestimmt werden und zudem zum Ausgangspunkt weiterer Kooperationen werden können. Auch dieser Modus kann sowohl auf der Ebene einzelner Forschungs- bzw. Ko-Produktionsprozesse (zum Beispiel *action research*) als auch

⁴ Die Ausführungen in diesem Abschnitt sind inspiriert durch Überlegungen, die von Jens Ibendorf, Universität Hannover, bei einer Transfertagung im November 2019 in Bremen vorgetragen wurden.

auf der Ebene der wechselseitigen Koppelung der Funktionssysteme (etwa bei Enquêtekommisionen und Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung von Wissenschaftler*innen oder im Falle von ›transformativer‹ Wissenschaft) stattfinden. Die hierfür erforderliche gegenseitige Durchdringung von Systemlogiken und Überwindung von systemspezifischen Verarbeitungsmechanismen macht den Modus der Ko-Produktion zur anspruchsvollsten Form des Transfers, die politisch von der Wissenschaft eingefordert wird (vgl. Die Senatorin für Wissenschaft 2019).

Jenseits der unmittelbaren, wissensbezogenen Wechselprozesse zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Funktionsbereichen spielen auf beiden Seiten insbesondere bei der Interpretation, Verbreitung und Verwendung von Wissen und wissenschaftlicher Expertise zahlreiche andere Motive, Ziele, Interessen eine – manchmal wichtigere – Rolle. Die Frage, was Wissenschaftstransfer in der Gesellschaft bewirkt bzw. ›anrichtet‹, lässt sich daher nur in einer weiteren Perspektive beantworten.

4. Transferforschung

Die Art und Weise wie der skizzierte begriffliche Rahmen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen praktisch ausgefüllt wird, ist Gegenstand von *Transferforschung*. Transferforschung analysiert die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bzw. Teilen davon, und das bedeutet, den tatsächlichen Bedingungen, Funktionen und sozialen Wirkungen von Herstellung und Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse nachzugehen (vgl. Beck, Bonß 1989).

Allerdings wird kritisiert, dass es sich beim Wissenstransfer um eine *unclear technology* (Musselin 2007; BMBF 2019) handelt, die zumeist nicht systematischer Teil der akademischen Ausbildung und Sozialisation ist, kaum etablierten Routinen folgt und im Wesentlichen von informellen Aktivitäten geprägt ist (Olmos-Peñuela, Molas-Gallart, Castro-Martínez 2014). Jenseits der Selbstbeobachtung entziehen sich die Inhalte, Umfänge, Intentionen der Verwendung des wissenschaftlich erzeugten Wissens im weiteren Verwendungszusammenhang dem Zugriff der Sozialwissenschaften, bilden aber zugleich den *Deutungsboden*, auf den sozialwissenschaftliche Wissensangebote fallen und dort erneut weiterverwendet werden.

Im Unterschied zu einem einfachen Sender-Empfänger-Schema ist der Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens mithin keine Einbahnstraße, die aus der *Wissenschaft* in Richtung *Politik* und/oder (weiterer) *Öffentlichkeit* verläuft. Vielmehr herrscht erstens reger Gegenverkehr. Zweitens findet der Wissenstransfer nicht allein zwischen der Wissenschaft und den beiden anderen Polen statt, sondern auch zwischen Politik und Öffentlichkeit(en). Die Straßenführung verläuft dabei immer in dem Dreieck zwischen den Polen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Zumindest folgende Strukturmerkmale der Interaktion zwischen sozialwissenschaftlicher Forschung und Gesellschaft lassen sich unterscheiden:

Verwissenschaftlichung

Die Sozialwissenschaften gewinnen ihr Wissen aus ihren gesellschaftlichen Forschungsgegenständen selbst. Wie sie dieses Wissen beziehen, welches Wissen sie wahrnehmen bzw. wahrnehmen sollen (und welches nicht), wie sie das Wissen verwerten und neues Wissen generieren (als Wissen »weiter Ordnung: Wissen über Wissen), ist Gegenstand wissenschaftsinterner Mechanismen (siehe oben) mit denen das Wissenschaftssystem – neben wissenschaftsinternen Machtkämpfen – die Qualität seiner Arbeit sichern will.

Mehr oder weniger unabhängig von den innerwissenschaftlichen Auseinandersetzungen richten sich Politik und Öffentlichkeit mit Erwartungen (oder expliziten Aufträgen) an die Sozialwissenschaften, beeinflussen in beträchtlichem Maße, zu welchen Themen (bzw. sozialen Fragen oder Problemen) Sozialwissenschaften forschen und für wen und in welcher Weise die produzierten Ergebnisse aufbereitet werden sollen. Damit gelangen sowohl Wissen als auch Bedingungen der Wissensaufbereitung schon vor der eigentlichen sozialwissenschaftlichen Wissenserzeugung in die Wissenschaften und beeinflussen den Forschungsprozess und die Forschungsergebnisse. Im besten Falle erhöhen sich dadurch Relevanz, Verwendbarkeit und Wirkmächtigkeit von wissenschaftlicher Erkenntnis; in jedem Falle aber werden durch die kommunikative Verbreitung sozialwissenschaftlichen Wissens (in welchen Bestandteilen und Ausdeutungen auch immer) von Politik in Richtung Öffentlichkeit und umgekehrt Deutungs- und Normbildungsprozesse in der Gesellschaft befördert und geprägt. Ehemals sozialwissenschaftliche

Begriffe, die zum festen Inventar politischer und öffentlicher Debatten geworden sind,⁵ zeugen davon.

Insofern prägen die Sozialwissenschaften ihre Forschungsgegenstände durch ihre Wissensangebote an die Gesellschaft selbst mit. Je mehr diese Angebote in Politik und Öffentlichkeit durch einen institutionalisierten und erfolgreichen Wissenstransfer wahrgenommen werden, desto größer dürfte dieser Effekt der Verwissenschaftlichung sein. In Gesellschaften mit ausgebautem Wissenschaftssystem kann es daher kaum ein wissenschaftlich unbeeinflusstes Wissen mehr geben. Das, was als Nachfrage nach wissenschaftlichem Wissen und Forschungsergebnissen Rationalität, Aufklärung und gesellschaftliche Selbstverständigung bestärken soll, bewirkt im Gegenzug eben auch eine Konstruktion von Gesellschaft, die zwar von den besonderen Bedingungen der wissenschaftlichen Wissensproduktion, in vielen Fällen aber noch stärker von den gesellschaftlichen Bedingungen der Verbreitung und Verwendung von Wissen geprägt ist.

Wissenschaft als Mittelschichts- bzw. Elitenprojekt

Obwohl in den Sozialwissenschaften ein methodischer Diskurs vorherrscht, der die Objektivität des durch die Forschung erlangten Wissens (also die möglichst geringe Beeinflussung des beobachteten Gegenstands durch die forschenden Subjekte) besonders hoch bewertet, kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass jede/r Forschende immer auch ein spezifischer Teil jener Gesellschaft ist, die durch die Sozialwissenschaften analysiert wird. Aus der Zugehörigkeit zu Milieus, sozialen Gruppen, politischen Identifikationen usw. resultieren kaum hintergehbare *Seinsverbundenheiten* (Mannheim 1982) der Wahrnehmungen aller Forschenden. Diese konterkarieren die methodisch (meist) geforderte Distanz der Forschenden zu den Forschungsgegenständen. Das gilt auch für den Wissenschaftstransfer, in dem Forschende Kommunikator*innen und handelnde Bürger*innen zugleich sind. Und dieser Umstand beeinflusst zeitweilig sowohl Forschung als auch Transfer. Gentrifizierung, Segregation, soziale Benachteiligungen sind beispielsweise gängige Forschungsgegenstände einer kritischen Sozialwissenschaft, die mit wissenschaftlichen Methoden Gewinner*innen und Verlierer*innen solcher

⁵ zum Beispiel gesellschaftliche Spaltung, Zweidrittelgesellschaft, Postwachstumsgesellschaft, Arbeitsgesellschaft, Normalarbeitsverhältnis, prekäre Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt.

Prozesse identifizieren und Beiträge zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur Verbesserung der sozialen Lage von Verlierern und deren Empowerment leisten will. In der »superdiversen« Gesellschaft sind die Sozialforscher*innen aber auch Teil derjenigen gehobenen Mittelschichten, die eine große kulturelle Distanz zu vielen ihrer Forschungsgegenstände aufweisen und die durch ihre Lebens- und Alltagspraxis sogar die Erosion von Zusammenhalt mit verursachen – und als solche werden sie auch in weiten Teilen der Gesellschaft wahrgenommen. Diese Differenz beeinträchtigt die Resonanzfähigkeit und die Glaubwürdigkeit von wissenschaftlichem Wissen und seiner Transferierbarkeit.

Instrumentalisierung

Sozialwissenschaften beobachten unter anderem alles, was *Öffentlichkeit* und *Politik* ausmacht; sie beobachten aber auch das Verhältnis *zwischen* Politik und Öffentlichkeit. Das ist zum einen klassischer Forschungsgegenstand, zum anderen bevorzugter Gegenstand von Transfer, das heißt Wissenschaft informiert Politik (und Öffentlichkeit) darüber, was die Politik mit der Öffentlichkeit macht (anrichtet) und informiert umgekehrt die Öffentlichkeit darüber, was sie mit der Politik macht.⁶ Insofern als dieses reflexive Wissen in den realen Beziehungen und sozialen Prozessen eine Rolle spielt, beeinflusst Wissenschaftstransfer also mittelbar auch das Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit. Das Wissen um diesen Zusammenhang bewirkt, dass wissenschaftliche Befunde nicht nur unterschiedlich bewertet und interpretiert, sondern auch für unterschiedliche Zwecke nachgefragt und »bestellt« werden können.

Je nach Art der Nachfrage und der Nachfragebedingungen kann die Bereitstellung von Wissen durch die Forschung dabei als Herrschaftsinstrument oder in anderer Weise als zweckbestimmte Wissensproduktion beurteilt werden. Wie diese Urteile ausfallen, hängt im Einzelfall davon ab, wie sehr ein Thema oder ein Forschungsergebnis die Schnittmenge aus zwei nicht immer leicht zur Deckung zu bringenden Anforderungen trifft: Zum einen orientiert sich sozialwissenschaftliche Forschung im Interesse ihrer Qualität und ihres eigenen Wissensfortschritts an internen Relevanz- und Qualitätskriterien; zum anderen muss sozialwissenschaftliche Forschung im

⁶ zum Beispiel welchen Erwartungen die Politik nachkommt, welche Reaktionen auf Meinungsumfragen erfolgen; warum kommunikativ oder gesetzgeberisch reagiert wird etc.

Interesse ihrer Ressourcenversorgung und ihrer Verwendungsfähigkeit sich an den Qualitäts- und Relevanzkriterien der (potentiellen) Nachfrager*innen nach wissenschaftlichem Wissen orientieren. In einer weitgehend verwissenschaftlichten Umgebung sind diese Schnittmengen in der Regel groß genug, um die Nachfragen nach wissenschaftlicher Wissensproduktion zu bedienen. Zur Herstellung solcher Schnittmengen tragen viele Vorkehrungen bei, wie zum Beispiel die Steuerung von Wissensproduktion durch Recht und Normierung (Ethikkommissionen, Datenschutzregeln etc.), Ausschreibungen und Förderbedingungen für Forschungsprojekte und -programme, Stellenbesetzungen an Universitäten und Instituten. *Forschungsfragen* und *-themen* orientieren sich daher zu einem beträchtlichen Teil an Markt- und Wettbewerbsbedingungen oder an gesellschaftlichen bzw. politischen Themenkonjunkturen.

Eine weiter gehende Politisierung oder Vermarktlichung von Wissenschaft bzw. von *Forschungsergebnissen* ergibt sich aus den weniger kontrollierbaren Bedingungen von Wissenstransfer: Wissenschaftliche Befunde können im Zuge ihrer Verwendung und Verbreitung immer auch unabhängig von ihrer Erzeugung dadurch instrumentalisiert werden, dass Ergebnisse auf verschiedene Weisen genutzt werden⁷ oder indem wissenschaftsimmanente Qualitätskriterien zum Beispiel durch unzulässige Verallgemeinerungen ignoriert werden. Wissenschaftlich produziertes Wissen wird also nicht nur als solches weiterverwendet; es vermengt sich mit anderen Wissensangeboten und Motiven im gesellschaftlichen Kommunikationsprozess (etwa zwischen Politik und Öffentlichkeit). Dieser Prozess kann von den Sozialwissenschaften nur noch sehr bedingt oder gar nicht mehr beeinflusst werden, bestimmt aber zu einem großen Teil, wie Forschungsergebnisse wahrgenommen und bewertet werden.

Uneindeutigkeit

Ein wesentlicher Faktor, der die Verortung von Wissenschaft beeinflusst, ist die Vermischung von wissenschaftsinternen und -externen Qualitäts- und Relevanzkriterien im Prozess der Weiterverbreitung und Verwendung von Forschungsergebnissen. Die für die gesellschaftliche Relevanz von For-

⁷ zum Beispiel das typische *Rosinenpicken*; Beck, Bonß 1989.

schung notwendige Herstellung von Schnittmengen zwischen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bedeutungsmaßstäben (siehe oben) trägt zur Uneindeutigkeit von sozialwissenschaftlichen Befunden bei.

Dafür ist auch die innere Differenzierung des Wissenschaftssystems in unterschiedliche Theorietraditionen, Forschungsparadigmen, normative Orientierungen verantwortlich, die es in den meisten Fällen erlaubt, Anforderungen an das Wissenschaftssystem unterschiedlich wahrzunehmen, zu interpretieren und zu verarbeiten. Auf diese Weise kann es zu divergierenden oder konkurrierenden wissenschaftlichen Aussagen kommen, etwa der bekannten Konstellation von Expert*in und Gegenexpert*in. Nicht zuletzt sind wissenschaftliche Befunde auch nicht immer so eindeutig, wie dies die Nachfrageseite wünscht. In dem Bemühen um die Befriedigung von Auftrag- und Geldgebern resultiert daraus eine große Versuchung, Forschungsergebnisse über die wissenschaftliche Aussagekraft hinaus zu interpretieren und eindeutiger darzustellen, als sie sind. Dies wird zudem dadurch erleichtert, dass *die* Wissenschaft sich eben nicht die Folgen von Entscheidungen zurechnen lassen muss, die – unter anderem – auf wissenschaftlichen Befunden basieren.

Medialisierung

Wegen seiner zumeist komplexen Inhalte und der überwiegenden Konventionalität der Vermittlung findet der Transfer von wissenschaftlichem Wissen nicht in allen sozialen Schichten, Altersgruppen und Milieus gleichermaßen Aufmerksamkeit. Um Legitimation und Ansehen von sowie das Verständnis für Wissenschaft zu erhöhen, wird sowohl von der Politik als auch von der Seite der Wissenschaftsorganisationen darauf gedrängt, die Vermittlung und Verbreitung von Forschungsergebnissen zu professionalisieren und ausdrücklich zu fördern (vgl. BMBF 2019). Nicht zuletzt deshalb schreitet gegenüber der Öffentlichkeit die Medialisierung von Wissenschaft voran. Im Zuge dieses Prozesses bedeutet Wissenstransfer zunehmend auch das kritische Übersetzen wissenschaftlicher Arbeit und Ergebnisse im Hinblick auf die Ansprüche und Aufmerksamkeitskriterien einer medialisierten Öffentlichkeit.

Dabei spielen neue digitale Verbreitungs Kanäle und soziale Medien, die neben die »konventionellen« Medien treten, eine wachsende Rolle, erfordern aber auch eine Anpassung an ihre eigenen Funktionsbedingungen. Damit

steht das traditionelle Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und (Massen-)Medien im Fokus: Im Interesse der Verständlichkeit für breite Bevölkerungsschichten unterliegen wissenschaftliche Befunde ohnehin dem Zwang zur Komplexitätsreduktion. Die für den Journalismus alltägliche, aber den Wissenschaftler*innen nicht immer geläufige Herausforderung besteht darin, größere Reichweite durch Transfer zu erzielen, aber dabei den Gehalt der ursprünglichen Forschung nicht durch Vereinfachungen und Verzerrungen inhaltlich stark zu verfremden. Diese Herausforderung wird durch die Verbreitung in sozialen Medien noch verstärkt.

5. Sozialwissenschaften und Politik – eine schwierige Beziehung

Kooperation trotz Differenz?

Der Zusammenhang von Wissen(sproduktion) und Prozessen der politischen Willensbildung lässt sich vielfach ausbuchstabieren und ist von komplexen wechselseitigen Ansprüchen und Erwartungen geprägt: Wissenschaft und wissenschaftliche Einrichtungen sollen Expertise und Entscheidungsgrundlagen für diejenigen bereitstellen, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen, in Politik und Wirtschaft für Entscheiden und Handeln zuständig sind; sie sollen als Innovationsmotor und Kompetenzreservoir politische Bemühungen um Wirtschaftswachstum und Lebensqualität unterstützen und eine Rolle bei der Herstellung und Vermarktung von Profil, Image und Identität von Nationen oder Regionen übernehmen. Zeitweilig wird von *der* Wissenschaft auch erwartet, dass sie gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, indem sie sich in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf die Seite bestimmter Akteure schlägt und deren Positionen stützt und stärkt; sozial engagierte Wissenschaft wird dann zum Gegenpol einer Wissenschaft als Herrschaftsinstrument stilisiert, manchmal auch als moderierende Vermittlungsinstanz oder Schiedsrichterin bemüht. Zwischen grenzenlosen Erwartungen auf der einen und kaum haltbaren Versprechungen auf der anderen Seite wird ein realistisches Erwartungsmanagement zu einem wesentlichen Element von Wissenstransfer. Das bedeutet vor allem, sich der strukturellen Funktionsbedingungen des Wissenschaftssystems zu vergewissern und dies gegenüber Transferpartnern transparent zu machen. *Es bedeutet auch,*

die Differenz der wissenschaftlichen und politischen Systemlogiken und ihre wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse zu kennen und zu beachten (Weingart, Lentsch 2008).

Dennoch wird immer wieder nach Wegen gesucht, mit den unterschiedlichen Systemlogiken von Wissenschaft und Politik produktiv umzugehen und die Kooperation in einem gemeinsamen Arbeitsprozess praxis- und umsetzungsrelevant zu machen und so die Handlungskapazitäten von Politik und ihrer Akteure zu vergrößern. Schon in der Antike galt als besondere Qualität, die Unterscheidung von *Rat* und *Tat* aufzuheben. So war etwa den Griechen das Ansehen der homerischen Helden doppelt begründet: Durch klugen Rat *und* durch beherztes Handeln. Und ebenso klar war damals auch, dass beides – der Wert von Rat und der von Tat – sich am Nutzen für die Polis zu erweisen hatte (Warszewa 2006).

Unter den Bedingungen der modernen, arbeitsteiligen und vielfältig differenzierten Gesellschaft erscheint das antike Ideal der Einheit von Rat und Tat jedoch kaum einlösbar. Wissenschaftler*innen sind aus guten Gründen nur selten bereit, ihren guten Rat selbst in die Tat umzusetzen, und umgekehrt erscheint für Politiker*innen das Befolgen guten Rates oftmals so teuer, dass sie die daraus möglicherweise erwachsenden materiellen und politischen Kosten scheuen. Die strukturelle Differenz zwischen Wissensproduktion und politischer Handlung bzw. Entscheidung ist stattdessen Quelle zahlreicher wechselseitiger Missverständnisse und Fehlleistungen. Der direkte oder indirekte sozialwissenschaftliche Transfer in die Politik produziert (im Idealfall relevante) Hinweise und Anregungen, hebt aber als solcher keine eingespielten politischen Prozesse aus oder ersetzt diese. Politisches Handeln in Form von Maßnahmen in Politikfeldern (*policy*) oder im Rahmen der politischen Interaktion zwischen Parteien, Fraktionen etc. (*politics*) wird durch Transfergeschehen zwar beeinflusst, die Verantwortung verbleibt aber innerhalb der Systemlogik der politischen Sphäre. Deutlich wird dabei immer wieder die grundsätzliche Differenz zwischen Wissenschaft und Politik: Wissenschaft funktioniert als institutionalisierter Zweifel, während Politik ihre gesellschaftliche Funktion, die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, nur erfüllen kann, wenn sie ein möglichst hohes Maß an Gewissheit(en) annimmt bzw. selbst herstellt. Insofern erscheint es nicht verwunderlich, dass im Verhältnis von Politik und Sozialwissenschaften der Operationsmodus des einfachen, linearen Transfers dominiert.

Wechselseitige Indienstnahme

Vielfältige Erfahrungen mit wissenschaftlichen Expert*innengremien, Enquêtekommissionen, Gutachtaufträgen, Beratungseinrichtungen, Sachverständigenanhörungen, politisch motivierten Forschungsaufträgen und -programmen etc. zeigen, dass weiter gehende Transferbemühungen auf diesem Gebiet außerordentlich anspruchs- und voraussetzungsvoll sind. Politikberatung in einem weiten Sinne und mehr noch ko-produktives Handeln von Wissenschaft und Politik setzen zunächst voraus, dass wissenschaftliche Expertise tatsächlich einen Beitrag zur Konsensbildung über den ›Stand des Wissens‹ leistet oder zumindest eine klare Darstellung konkurrierender Wissensansprüche zustande bringt und so in gewissem Umfang die Unsicherheit über Entscheidungsgrundlagen verringert. Ein typisches Instrument, das zu diesem Zweck von der Politik häufig genutzt wird, ist die Beauftragung von Metastudien, die aus der Vielzahl der Forschungsergebnisse und Lehrmeinungen zu einem bestimmten Thema diejenigen Befunde herausfiltern sollen, die als (weitgehend) geteilte Auffassungen und Stand der Forschung gelten können. Derartige Vergewisserungen brauchen Zeit und bieten überdies keineswegs eine Garantie auf letztgültige Ergebnisse.

Tatsächlich kann wissenschaftliche Expertise im politischen System zu meist nur dann Resonanz erzeugen, wenn sie jenseits ihrer eigenen Gütekriterien den Erwartungen und strukturellen Handlungsbedingungen der politischen Akteure entspricht. *Die* Wissenschaft ist eben nicht nur dann imstande, *die* Politik von Entscheidungsunsicherheiten zu entlasten und zur Steigerung ihrer Legitimation beizutragen, wenn sie ihrerseits wissenschaftliche Gütekriterien einhält und die Grenzen der Gültigkeit ihrer Aussagen deutlich erkennbar macht. Letzteres entspricht zumindest auch nicht immer dem vorrangigen Interesse der forschenden Wissenschaftler*innen. Wechselseitige Instrumentalisierungen organisieren sich zwar in der Regel vordergründig durchaus um die Bereitstellung von Wissen, jedoch dienen politisch motivierte Gutachtaufträge, die Teilnahme an Expertenkommissionen, Beratungsveranstaltungen etc. (Wissen on Demand) eben auch der Reputationssteigerung der betreffenden Wissenschaftler*innen und ihrer Einrichtungen, der Vorbereitung bzw. Verteilung lukrativer Forschungsaufträge und der Beförderung persönlicher Karrieren. Zeitweilig gibt man sich auf beiden Seiten damit zufrieden, die eigenen politischen Vorstellungen und Absichten mit den Weihen der wissenschaftlichen Expertise aufzuwerten.

Politik als Gegenstand von Forschung(transfer)

Sozialwissenschaftliche Analyse erfüllt also in der Politik ein breites Spektrum an Funktionen, von direkter oder subtiler politischer Instrumentalisierung bis zur willkommenen inhaltlichen Unterfütterung programmatischer, legislativer oder exekutiver Prozesse. Schwierig wird das Verhältnis dann, wenn sich wissenschaftliche Expertise dafür nicht eignet und/oder die Politik selbst zum Gegenstand von Forschung wird. Als Forschungsgegenstand und als wichtige Informationsquelle tragen die institutionalisierte Politik und ihre Protagonist*innen zum Prozess der wissenschaftlichen Wissensproduktion bei, was sich jedoch in mehrfacher Hinsicht als problematisch erweisen kann: Zumindest dann, wenn die Forschungsthemen und -arbeiten in den Verdacht geraten, politisch Verwertbares oder gar Brisantes zutage zu fördern, drohen schon die Fragen und Erhebungen im Bereich von Politik und Verwaltungen in die Zwickmühle zwischen Instrumentalisierung und Verweigerung zu geraten (Osterland, Warsewa 1991). Originäre Forschung und Transfer gehen hier ineinander über; Forschungsprozesse und -ergebnisse mit und über Politik bewegen sich in der Wahrnehmung der politischen Akteure in der Regel irgendwo zwischen lästigen Zeitfressern, potentiell schädlichen Enthüllungen und willkommenem Anlass zur Selbstreflektion.

Je stärker sich sozialwissenschaftliche Forschung mit den Protagonisten des Politikbetriebs, mit »Politik als Beruf« (Weber 2016) und/oder den konkreten Funktionsmechanismen des politischen Institutionensystems befasst, desto brisanter wird in der Regel der Erkenntniswert der wissenschaftlichen Perspektive für die Akteure des politischen Systems. In einer mehr oder weniger verwissenschaftlichten Umgebung sind viele kritische Erkenntnisse der soziologischen Analyse den handelnden Akteuren bereits weitgehend bewusst. Kieserling spricht daher von einem »Resonanzgefälle« zwischen *der* Politik und anderen Forschungsgegenständen der Soziologie: »Im Spiegel soziologischer Erkenntnisse erkennt die Politik sich entweder wieder (dann sind sie nicht informativ) – oder nicht (dann werden sie als wirklichkeitsfremd empfunden)« (Kieserling 2004: 89). Aus diesen Gründen ist die »soziologische Analyse der Politik [...] sowieso nicht das, was von der Soziologie erwartet wird« (Holzer 2019: 447). Während also Politiker in der Regel »keine Aufklärung über ihr eigenes Metier brauchen« (ebd.) oder diese aus verschiedenen Gründen nicht wünschen, treffen dieselben Erkenntnisse die Relevanzkriterien von Medien und Öffentlichkeit möglicherweise gerade besonders gut.

6. Fazit

Wissenschaftstransfer bewegt sich in mehreren Spannungsfeldern – zwischen Erwartungen und Möglichkeiten, zwischen Objektivität und Instrumentalisierung, zwischen Eigeninteresse und gesellschaftlicher Funktion. Einzelne Akteure des Wissenschaftssystems interpretieren ihre Rolle innerhalb dieser Spannungsfelder unterschiedlich, und auch in Öffentlichkeit und Politik geht die Verortung von Wissenstransfer zwischen diesen Polen mit unterschiedlichen Ansprüchen und Erwartungen einher. In zahlreichen Feldern wird in jüngster Zeit ein *Zwillingstrend* (Pielke 2012) der zunehmenden Verwissenschaftlichung von Politik und der Politisierung von Wissenschaft diagnostiziert. Mit beiden Phänomenen müssen sich Sozialwissenschaftler*innen beim Wissenstransfer intensiv auseinandersetzen und sich kritisch selbst befragen, um im beiderseitigen Nutzen kollaborieren zu können. Dabei geht es nicht um Berührungsverbote, sondern um Funktionsbedingungen für einen fruchtbaren Transferprozess.

Letztendlich muss *die* Wissenschaft, um ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen zu können, mit Anforderungen auf zwei Ebenen umgehen können: Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit ist im konkreten Einzelfall von Wissensvermittlung, Wissensaustausch oder Ko-Produktion von Wissen ein Optimierungsinstrument, das nicht überstrapaziert werden darf. Im Gegenteil: Wichtig sind hier ein realistisches Erwartungsmanagement, das Gegenchecken mit anderen gesellschaftlichen Positionen und Überzeugungen und eine möglichst offene/öffentliche Wissensproduktion und -verwendung.

Auf einer Systemebene gilt all dies ebenfalls; hinzukommen aber diejenigen Produktions- und Transferbedingungen, die sich für wissenschaftliches Wissen aus der Vermarktlichung, Politisierung, Medialisierung von wissenschaftlicher Expertise einerseits und den nie gänzlich vermeidbaren Glaubwürdigkeitsproblemen andererseits ergeben. Dies stellt aktuell die wesentliche gemeinsame Herausforderung – insbesondere gegenüber den Tendenzen zur Verbreitung von wissenschaftsfernen, populistischen, irrationalen Auffassungen – für Wissenschaft wie auch Politik dar.

Die häufige Klage von Sozialwissenschaftler*innen über das, was aus den Wissenschaftsergebnissen während oder im Anschluss an den Wissenstransfer gemacht wird, klingt wenig selbstreflexiv. Leider ist die letzte große sozialwissenschaftliche Selbstreflexion, die mit der sozialwissenschaftlichen

Verwendungsforschung durch Beck und Bonß Ende der 1980er Jahre betrieben wurde, schnell wieder eingeschlafen (vgl. Neun 2016). Sie gälte es wiederzubeleben und mit dem *Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt* bietet sich die Chance, eine Transferforschung wieder aufzunehmen, die dem Gegenstand »sozialwissenschaftlicher Wissenstransfer« angemessen ist.

Es ist das Verdienst des Bundesforschungsministeriums, in der Konzeption des *Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt* den Transfer nicht an das Ende der Forschung zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stellen. Praktischen Wissenstransfer von Beginn an als Bestandteil des Forschungsprogramms zu begreifen, eröffnet einer selbstreflexiven Sozialwissenschaft erhebliche Möglichkeiten zur Selbstbeobachtung, zur Analyse der *unclear technology* des Wissenstransfers, der beteiligten Rollen, Bedingungen, Wirkungszusammenhänge. Nicht zuletzt kann eine Transferforschung in diesem Sinne zu einer problembewussten Nachwuchsausbildung beitragen, die ebenfalls einen expliziten Bestandteil des FGZ-Programms ausmacht.

Literatur

- Beck, U., Bonß, W. 1989: Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? In U. Beck, W. Bonß. (Hg.), *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung. Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–45.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) 2017: Richtlinie zum Aufbau eines »Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt«. Bundesanzeiger vom 08.11.2017, www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1454.html, letzter Aufruf 4. Mai 2020.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) 2019: Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation. Berlin.
- Bude, H. 2005: Kommentar zu Michael Burawoy: Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie. *Soziale Welt*, 56. Jg., Heft 4, 375–380.
- Dahrendorf, R. 1988: Theorie und Praxis. In H. Mäding (Hg.), *Grenzen der Sozialwissenschaften*. Konstanzer Bibliothek, Bd. 11. Konstanz: UVK, 162–173.
- Deutsche Gesellschaft für Philosophie et al. 2019: Gemeinsame Stellungnahme geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften zur Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu stärken, <https://soziologie.de/aktuell/stellungnahmen>, letzter Aufruf 4. Mai 2020.

- Die Senatorin für Wissenschaft 2019: Wissenschaftsplan für das Land Bremen 2025. Bremen. www.bremen.de/wissenschaft/wissenschaftsplan-2025, letzter Aufruf 4. Mai 2020.
- Holzer, B. 2019: Indifferenz oder Irritation? Politische Soziologie und politische Praxis. *SOZIOLOGIE*, 48. Jg., Heft 4, 446–449.
- Kieserling, A. 2004: Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung: Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mannheim, K. 1982 [1929]: Die Bedeutung der Konkurrenz in dem Gebiete des Geistigen. In V. Meja, N. Stehr, (Hg.), *Der Streit um die Wissenssoziologie*. Erster Band. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 325–370.
- Musselin, C. 2007: *The Transformation of Academic Work: Facts and Analysis*. Research & Occasional Paper Series: Center for Studies in Higher Education 4.07, Berkley: University of California.
- Neun, O. 2016: Die Verwendungsdebatte innerhalb der deutschen Soziologie: eine vergessene Phase der fachlichen Selbstreflexion. In H. Staubmann (Hg.), *Soziologie in Österreich – Internationale Verflechtungen*. Innsbruck: University Press, 333–353.
- Olmos-Peñuela, J., Molas-Gallart, J., Castro-Martinez, E. 2014: Informal collaborations between social sciences and humanities researchers and non-academic partners. *Science and Public Policy*, vol. 41, no. 4, 493–506.
- Osterland, M., Warsewa, G. 1991: Die parlamentarische Anfrage in der empirischen Sozialforschung – Erfahrungen mit einem ungebräuchlichen Erhebungsinstrument. *Soziale Welt*, 42. Jg., Heft 3, 387–394.
- Pielke, R. Jr. 2012: *The Honest Broker. Making Sense of Science in Policy and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schelsky, H. 1961: *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag, 5–45.
- Vobruba, G. 2019: *Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse*. 2. erweiterte Aufl. Wiesbaden: Springer.
- Warsewa, G. 2006: *Das Bremer Perspektiven-Labor – ein Modell der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik*. »Anstöße aus dem Bremer Perspektiven-Labor«, Band 8. Bremen: Der Präsident des Senats, Universität Bremen.
- Weber, M. 2016 [1919]: *Politik als Beruf*. 2. Auflage, Berlin: Zenodot Verlagsgesellschaft.
- Weingart, P., Lentsch, J. 2008: *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung*. Weilerswist: Velbrück.